



**Geschäftsführung  
Betriebsausschuss  
Gebäudewirtschaft**

Frau Weber

Telefon: (0221) 221 - 22443

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: [simone.weber@stadt-koeln.de](mailto:simone.weber@stadt-koeln.de)

Datum: 31.01.2018

## Niederschrift

über die **28. Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 11.12.2017, 15:47 Uhr bis 16:36 Uhr (öffentlicher Teil) und 16:37 Uhr bis 16:43 Uhr (nichtöffentlicher Teil), Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Martin Schoser	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Jürgen Kircher	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP

#### Beratende Mitglieder

Herr Roger Beckamp	AfD
Herr Werner Eggert	auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Rudolf Reiferscheid	SPD
Herr Lutz Tempel	SPD
Herr Efan Kara	CDU
Herr Joachim Kuschewski	auf Vorschlag der CDU
Herr Wolfgang Strowitzki	
Herr Andreas Michalak	FDP

## **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Andrea Blome	Blome, Andrea Beigeordnete i. V. für das Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Frau Angelika Döpfer	Amt für Schulentwicklung
Herr Markus Gerhards	Gebäudewirtschaft
Herr Norbert Hahn	Gebäudewirtschaft
Herr Hans-Jürgen Hilp	Gebäudewirtschaft
Frau Petra Rinnenburger	Gebäudewirtschaft
Herr Bernd Rosenberger	Gebäudewirtschaft
Frau Astrid Schüßler	Gebäudewirtschaft
Herr Dr. Marcus Trier	Römisch-Germanisches Museum

## **Schriftführerin**

Frau Simone Weber	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
-------------------	---

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Beratende Mitglieder**

Herr Nikolai Dahlmanns	auf Vorschlag der SPD
Frau Lisa Schopp	auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorsitzender Dr. Schoser eröffnet die 28. Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft, begrüßt die Anwesenden und macht auf folgende Zusetzungen zur Tagesordnung aufmerksam.

## **I. Öffentlicher Teil**

- 5.3 Sanierung Römisch-Germanisches Museum  
2983/2017  
- *zugesetzt* -

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 13.1 Vergabe eines Erbbaurechts zum Zweck des Neubaus einer städtischen Kindertagesstätte am Standort Zonser Str. 1b/Merheimer Platz 20 in Köln-Nippes und Anmietung dieser durch die Stadt Köln  
3207/2017  
- *zugesetzt* -

Der Vorsitzende informiert weiterhin, dass Frau Döpfer vom Amt für Schulentwicklung zu den Schulbauvorlagen und Herr Dr. Trier, Direktor des Römisch-Germanischen Museums, zu TOP 5.3 anwesend sind.

Der Ausschuss nimmt die Nachträge zur Tagesordnung zur Kenntnis und beschließt folgende

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **A Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners**

##### **1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

##### **2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

##### **3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

##### **4 Entscheidungen (Beschlussorgan Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)**

##### **5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder andere Ausschüsse)**

5.1 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Sporthalle auf dem Grundstück Statthalterhofallee in Köln-Junkersdorf 2850/2017

*- die Vorlage wurde mit Schreiben vom 25.10.2017 an alle Ausschussmitglieder versandt; bitte halten Sie die Unterlage bereit -*

5.2 Zügigkeitserweiterung der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule, Ossietzkystr. 2, 50737 Köln-Longerich zum Schuljahr 2019/20 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW bei gleichzeitiger Bildung eines Teilstandortes an der Paul-Humburg-Str. 13, 50737 Köln-Longerich

3158/2017

*- die Vorlage wurde mit Schreiben vom 20.11.2017 an alle Ausschussmitglieder versandt; bitte halten Sie die Unterlage bereit -*

5.3 Sanierung Römisch-Germanisches Museum  
2983/2017  
*- zugesetzt -*

##### **6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

## **7 Mitteilungen der Verwaltung**

- 7.1 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3  
3521/2017
- 7.2 Standortprüfungen zur Beschaffung weiterer Container zur Abmilderung des  
Schulbaunotstandes  
3164/2017
- 7.3 Sachstandsmitteilung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zur Friedrich-List-  
Grundschule  
3496/2017
- 7.4 Zwischenbericht der Gebäudewirtschaft zum 30.09.2017  
2805/2017
- 7.5 Sachstandsbericht Eifelwall - Stand: 21.11.2017  
3685/2017

## **8 Mündliche Anfragen**

### **II. Nichtöffentlicher Teil**

## **9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

## **10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

## **11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

## **12 Entscheidungen (Beschlussorgan Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)**

## **13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder andere Ausschüsse)**

- 13.1 Vergabe eines Erbbaurechts zum Zweck des Neubaus einer städtischen Kin-  
dertagesstätte am Standort Zonser Str. 1b/Merheimer Platz 20 in Köln-Nippes  
und Anmietung dieser durch die Stadt Köln  
3207/2017  
*- zugesetzt -*

- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
  - 15 Mitteilungen der Verwaltung**
  - 16 Mündliche Anfragen**
- 

## **I. Öffentlicher Teil**

### **A Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners**

Herr Werner Eggert wurde in der Ratssitzung am 14.11.2017 auf Vorschlag der Fraktion Die Linke. - anstelle von Herrn Bernd Weber - zum sachkundigen Einwohner in den Bauausschuss bzw. den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft benannt. Er wird nun wie folgt (gem. § 58 GO NRW in Verbindung mit § 5 der Hauptsatzung) durch den Ausschussvorsitzenden verpflichtet:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Bauausschusses bzw. des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.“

#### **1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

##### **1.1 Mündliche Nachfrage des RM Kockerbeck zu einer schriftlichen Anfrage der Fraktion DIE LINKE aus der Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft am 06.11.2017, TOP 1.1, betr. „Berücksichtigung der Kontroll- und Entscheidungsrechte des Rates durch die Gebäudewirtschaft“ (AN/1564/2017)**

RM Kockerbeck erinnert an die Beantwortung der Anfrage AN/1564/2017 der Fraktion DIE LINKE aus der letzten Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft.

Beigeordnete Blome kündigt eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung an.

##### **1.2 Mündliche Nachfrage von RM Brust zu einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft von 06.11.2017, TOP 8.3, betr. "Heinrich-Böll-Gesamtschule"**

RM Brust erinnert an die Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der vergangenen Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft betr. „Heinrich-Böll-Gesamtschule“.

Vorsitzender Dr. Schoser macht darauf aufmerksam, dass eine Nachfrage zu einer mündlichen Anfrage grundsätzlich nicht unter TOP 1 zu behandeln sei, er lässt sie jedoch ausnahmsweise unter diesem Tagesordnungspunkt zu.

Frau Schüßler, Vertreterin der Gebäudewirtschaft, nimmt mündlich Stellung und reicht die Beantwortung schriftlich zur Niederschrift nach.

Antwort der Verwaltung:

„Von Oktober 2010 bis Mitte 2012 wurde eine Sanierung des naturwissenschaftlichen Bereichs in der Gesamtschule Merianstr. 11-15 durchgeführt. Bedingt durch den damaligen Zustand der Fachräume und die damit verbundenen Einschränkungen des Fachunterrichtes war die Sanierung zwingend erforderlich, um zukünftig einen ordnungsgemäßen naturwissenschaftlichen Unterricht gewährleisten zu können.

Aufgrund des baulichen Zustandes des restlichen Schulgebäudes und aufgrund einer Raumkonzeption, die aktuellen schulischen Bedürfnissen nicht mehr gerecht wird, ist für die Gesamtschule eine Generalinstandsetzung dringend erforderlich.

Die GI Merianstraße befindet sich in der Leistungsphase 0, d.h., dass die Prüfung des Nutzungsbedarfs und der technischen Gegebenheiten sowie die Wirtschaftlichkeitsprüfung gerade erst anläuft.

Mit einer endgültigen Planung ist daher erst in ca. 2 Jahren zu rechnen.

Nach derzeitigem Kenntnisstand ist mit einer Fertigstellung der Generalinstandsetzung frühestens 2023 zu rechnen.

Durch die erfolgte Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume wird folglich sichergestellt, dass über einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren ordnungsgemäßer Fachunterricht stattfindet. Das Schulgebäude wird im Rahmen der Sanierung konzeptionell und räumlich neu gestaltet und aktuellen Anforderungen an den Schulbetrieb angepasst.

Die mit der Planung der Generalinstandsetzung beauftragten Fachingenieure haben die Aufgabe, in Ihrer Planung den Erhalt der bereits sanierten Räume zu berücksichtigen, wenn dies im Rahmen des Gesamtkonzeptes umsetzbar ist. Die weitergehende Planung wird zeigen, ob dies innerhalb der Gesamtkonzeption technisch und wirtschaftlich möglich ist.“

**2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

**3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

**4 Entscheidungen (Beschlussorgan Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)**

## **5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder andere Ausschüsse)**

### **5.1 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Sporthalle auf dem Grundstück Statthalterhofallee in Köln-Junkersdorf 2850/2017**

*Ein geänderter Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal liegt vor.*

Unter Bezugnahme auf den geänderten Beschluss der BV Lindenthal informiert Frau Rinnenburger, dass das Grundstück zu klein sei für eine 2-fach-Turnhalle.

RM Brust zeigt sein Unverständnis angesichts der Aussage auf Seite 4 der Vorlage, 3. Absatz: „Der 2010 errichtete Schulersatzbau für den Teilstandort Statthalterhofallee der Ildefons-Herwegen-Grundschule sollte dabei ursprünglich mit in die Planung einbezogen werden (Session 0223/2015). Eine neuerliche Begutachtung hat jedoch ergeben, dass in dem Gebäude massive bauphysikalische Mängel festzustellen sind. Es sind starke Überhitzungs- und Trittschallprobleme festzustellen, weshalb das Gebäude dauerhaft für Unterrichtszwecke nicht nutzbar ist.“

Frau Döpfer, Vertreterin des Amtes für Schulentwicklung, informiert, dass es sich bei dem Interimsbau um einen Schulbehelfsbau in Containerbauweise mit Wärmedämmverbundsystem handele. Sie führt weiterhin aus, dass die Böden, welche stark sonnenbeaufschlagt seien, gerissen seien. Auch bei diesem Container lägen die entsprechenden Abweichungen zum klassischen Schulbau vor, was die Qualität an der Akustik etc. angehe.

RM Brust irritiert diese Aussage, da es bei einem gedämmten Container s. E. keine Überhitzung geben könne, es sei denn, die Dämmung sei fehlerhaft ausgeführt worden. Zudem könnten in solchen Fällen Rollos vorgesehen werden. Wenn es nach dem Trittschall ginge, müssten dann nahezu alle Container an Schulen abgerissen werden, so RM Brust weiter. RM Brust fragt nach einer Gewährleistung.

Frau Rinnenburger sagt eine Recherche und spätere Beantwortung zu. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass die Baugenehmigungen für Containeranlagen im Schulbau in der Regel für die Dauer von max. zehn Jahren erteilt werden. Die hier zur Rede stehende Containeranlage hätte demnach noch eine baugenehmigungstechnische Lebensdauer von zwei Jahren.

#### **Beschluss:**

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich der Leistungsphase 3) zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Sporthalle für eine neue Grundschule mit 3 Zügen auf dem Grundstück Statthalterhofallee / Alfons-Nowack-Str. / Donauweg in Köln-Junkersdorf.

Entgegen des ursprünglichen Beschlusses vom 24.03.2015 (DS.-Nr. 0223/2015) ist das vorhandene (für 1 der 3 Züge vorgesehene) Schulersatzgebäude aufgrund der festgestellten Mängel mit dem zu planenden Schulgebäude zu ersetzen

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und die Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der Raumliste aufgeführte Raumprogramm zugrunde zu legen (Anlage 1). Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf rd. 1.350.000 €. Die Finanzierung der voraussichtlich im Haushaltsjahr 2018 ergebniswirksam werdenden Planungskosten erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, aus veranschlagten Mitteln.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **5.2 Zügigkeitserweiterung der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule, Ossietzkystr. 2, 50737 Köln-Longerich zum Schuljahr 2019/20 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW bei gleichzeitiger Bildung eines Teilstandortes an der Paul-Humburg-Str. 13, 50737 Köln-Longerich 3158/2017**

*Ein geänderter Beschluss der Bezirksvertretung Nippes liegt als Tischvorlage vor.*

SB Kirchmeyer stellt fest, dass der vorliegende Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 07.12.2017 einen Widerspruch aufweise. Denn dort schließe sich die Bezirksvertretung Nippes zunächst dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an, widerspreche diesem jedoch dann durch die unten angeführte Ergänzung, mit der sich die Bezirksvertretung der Argumentation der Lehrerkonferenz bzw. Schulpflegschaft anschließe, welche die seitens der Verwaltung geplante und zur Beschlussfassung stehende Erweiterung auf 6 Züge ablehne und eine Beibehaltung der 4 Züge empfehle. Dem Beschluss der Bezirksvertretung Nippes könne sie sich insofern nicht anschließen.

RM Halberstadt-Kausch regt an, „wie Schulausschuss“ (> gemäß Verwaltungsvorschlag) zu beschließen, da dieser das federführende Gremium und fachlich zuständig für Zügigkeitserweiterungen sei.

Dennoch möchte sie im hiesigen Ausschuss die Fragen stellen, ob a) die im Landschaftsschutzgebiet derzeit stehenden Schulcontainer spätestens zu Beginn des Schuljahres 2019/2020 abgebaut werden können und ob b) es möglich ist, das jetzige Gebäude der Gesamtschule in der Paul-Humburg-Straße bis zu Beginn des Schuljahres 2019/2020 zu sanieren bzw. ob es einen Sanierungsplan gebe.

Sie bittet darum, eine Beantwortung der Fragen sowohl dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft als auch der Bezirksvertretung Nippes vorzulegen.

### **Beschluss:**

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule Nippes, Ossietzkystraße 2, 50737 Köln-Longerich von 4 Zügen in der Sekundarstufe I und 4 Zügen in der Sekundarstufe II auf 6 Züge in der Sekundarstufe I aufbauend ab dem Schuljahr 2019/20 und 5 Züge in der Sekundarstufe II aufbauend ab dem Schuljahr 2025/26.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 81 Abs. 2 SchulG NRW die Einrichtung des Teilstandortes Paul-Humburg-Straße 13, 50737 Köln-Longerich für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule Nippes ab dem Schuljahr 2019/20.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-



Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.

4. Der Rat beschließt zum Stellenplan 2019 die Zusetzung von insgesamt 0,7 Stellen Verwaltungsbeschäftigte/r (Schulsekretär/in) EGr. E7 TVöD für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule Nippes. Die jeweils für die Schuljahre anteiligen Stellenanteile werden verwaltungsintern entsprechend bereitgestellt. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans werden verwaltungsintern Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.
5. Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Finanzmittel (ggf. Personal- und/oder Sachkosten) für die schulrechtliche Erweiterung der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule Nippes bei Bildung eines Teilstandortes an der Paul-Humburg-Straße ab Schuljahr 2019/20 gemäß den Ausführungen in der Begründung im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, bereitzustellen.
6. Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **5.3 Sanierung Römisch-Germanisches Museum 2983/2017**

Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, und Herr Dr. Trier, Direktor des Römisch-Germanischen Museums, begründen die Vorlage und deren Dringlichkeit mündlich.

RM Halberstadt-Kausch erklärt zunächst namens ihrer Fraktion Zustimmung zur Beschlussvorlage. Auch wenn eine spätere Beauftragung eines Generalunternehmers sicherlich die wünschenswerte Vergabeart der Bauleistung wäre, werde ein Beschluss hierüber jedoch erst mit dem Baubeschluss gefasst werden können, wie es auch der Erläuterung zu entnehmen sei. Insofern erachte sie die Aufführung im zweiten Teil der Beschlussvorlage als „doppelt gemoppelt“.

Frau Rinnenburger geht hierauf ein und erklärt, dass es der Verwaltung wichtig gewesen sei, darzustellen, dass die Vergabe an einen Generalunternehmer die erste Wahl sei. Zudem habe dies auch einen gewissen Einfluss auf den Planungsprozess.

SE Kuschewski fragt nach, ob bei der Planung bereits die Inneneinrichtung einbezogen werde, da diese auch z. B. in Bezug zur Haustechnik stehe.

Herr Dr. Trier verweist in diesem Zusammenhang auf den bestehenden Denkmalschutz in Bezug auf das Haus und das museale Konzept und die verschiedenen monumentalen Exponate, welche an dem bisherigen Standort verbleiben müssten. Die Generalsanierung sei ansonsten unter dem Überbegriff „fortgeschriebene Kontinuität“ gesetzt, d. h. „an Bewährtem festhalten und sukzessive durch Neufunde ergänzen“.

RM Kockerbeck macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss Kunst und Kultur die Vorlage ohne Votum weitergegeben habe. Er regt daher an, die Vorlage ebenfalls ohne Votum weiterzugeben.

Herr Dr. Trier klärt auf, dass die Vorlage im Ausschuss Kunst und Kultur als Tischvorlage eingebracht wurde und die Ausschussmitglieder keine Zeit hatten, sich ausreichend mit der Vorlage zu befassen. Vor diesem Hintergrund habe der Ausschuss die Vorlage ohne eigenes Votum weitergegeben.

### **Beschluss:**

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt den Bericht der Verwaltung über die Prüfung der zwei Modelle der Projektvergabe (hier: Totalunternehmervergabe und Generalunternehmervergabe) zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung,

1. die in der Ratssitzung vom 11.07.2017 gemäß Vorlage 1767/2017 beschlossene Planung zur Sanierung des Römisch-Germanischen Museums bis zum Abschluss der Entwurfsplanung fortzuführen.
2. sofern und soweit eine vergaberechtlich und projektbezogen ausreichende Begründung vorliegt, die spätere Vergabe sämtlicher Bauleistungen über einen Generalunternehmer (GU) anzustreben und die Planungsarbeiten entsprechend darauf auszurichten.

Die Entscheidung über die Vergabeart der Bauleistung wird mit dem Baubeschluss nach Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung und Kostenberechnung) herbeigeführt. Sofern die Marktsituation zum Zeitpunkt der Vergabe kein auskömmliches Angebot für eine GU-Vergabe erwarten lässt, ist für die Umsetzung des Projektes eine losweise Vergabe der Bauleistungen durchzuführen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. einstimmig zugestimmt.

## **6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

## **7 Mitteilungen der Verwaltung**

### **7.1 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 3521/2017**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **7.2 Standortprüfungen zur Beschaffung weiterer Container zur Abmilderung des Schulbaunotstandes 3164/2017**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

RM Henk-Hollstein interpretiert diese Mitteilung als Ergebnis ihrer Nachfragen aus der September-Sitzung. Sie fragt nun nach den Konsequenzen aus der vorgelegten Liste und bittet um Auskunft, ob es sich hierbei um eine abgestimmte Verwaltungsmeinung handelt und inwiefern eine Umsetzung bzw. Reihenfolge herzuleiten sei. Da die Anschaffung der Container auch diesmal wieder zu spät erfolgen werde, sei absehbar, dass die Übernahme der Schulen zum Schuljahr 2018/2019 nicht zu schaffen sein wird.

Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, klärt auf, dass es sich bei dem vorgelegten Papier um eine Mitteilung der Standorte handle, welche das Amt für Schulentwicklung zur Prüfung an die Gebäudewirtschaft gegeben habe. Diese Prüfung habe inzwischen stattgefunden, die Gebäudewirtschaft habe

heute dem Amt für Schulentwicklung eine Übersicht für einen Zusatz von Containern baurechtlich und planungsrechtlich geeigneter Flächen gegeben. Diese werde dem Ausschuss voraussichtlich in der Januar-Sitzung vorgelegt werden. Frau Rinnenburger bestätigt weiterhin die Einschätzung von RM Henk-Hollstein, den Schuljahresbeginn 2018/2019 nicht erreichen zu können.

RM Henk-Hollstein bittet um weitere Auskünfte zu den Flächen im nichtöffentlichen Sitzungsteil.

RM Brust stellt fest, dass die Liste Standorte enthalte, an denen aktuell neu gebaut werde. Er fragt nach, ob es sinnvoller wäre, die Planungen entsprechend dem Bedarf anzupassen, anstatt Container aufzustellen.

Frau Döpfer erklärt, dass nicht geplant sei, Container dauerhaft neben Erweiterungsbauten aufzustellen. Es ginge -zum Beispiel bei dem Standort Leybergstraße- darum, die Zeit zu überbrücken, bis der endgültige Bau fertig ist.

Weitere Informationen erfolgen im nichtöffentlichen Sitzungsteil.

### **7.3 Sachstandsmitteilung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zur Friedrich-List-Grundschule 3496/2017**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von SE Tempel informiert Frau Schüßler, Vertreterin der Gebäudewirtschaft, dass am 14.12. die Kontrollmessung durchgeführt werde, mit den Ergebnissen sei am 19.12. zu rechnen. Mit dem Amt für Schulentwicklung sei ein Umzug in der ersten Januarwoche abgestimmt, die Umzugsfirma stehe ebenfalls zur Verfügung.

SB Kirchmeyer bittet darum, die Mitteilungsvorlage gemeinsam mit dem Auszug aus dem Protokoll der Bezirksvertretung Porz vorzulegen.

### **7.4 Zwischenbericht der Gebäudewirtschaft zum 30.09.2017 2805/2017**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **7.5 Sachstandsbericht Eifelwall - Stand: 21.11.2017 3685/2017**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Unter Bezugnahme auf die beschriebenen Verzögerungen beim Rohbau und die bereits eingeleiteten juristischen Schritte fragt SB Klemm nach der prozentualen Höhe eventueller Konventionalstrafen. Zudem bittet Herr Klemm um Auskunft, ob die erwähnten zusätzlichen Kosten bei der Bewachung bereits ermittelt seien.

SE Tempel geht auf einzelne Vergabeeinheiten ein, die nicht termingerecht vergeben werden. Er vermisst in der Vorlage eine Darstellung der zeitlichen Auswirkungen bzw. Angaben, wann die Vergaben tatsächlich zum Ziel führen.

Zum Verzug beim Rohbau bittet Herr Tempel um Benennung der Mehraufwendungen und Angabe, wie lange der Verzug tatsächlich ist. In direktem Vergleich mit der Vergabe VE 04 und deren Verzug von mindestens sechs Monaten stelle sich für ihn die Frage, ob der Rohbau auf dem kritischen Weg sei oder die Vergaben.

SB Kirchmeyer stellt verwundert fest, dass im vorliegenden Bericht alle Ampeln auf Rot gerutscht seien. Im letzten Bericht sei noch kommuniziert worden, es befinde sich alles „im grünen Bereich“. Sie bittet die Verwaltung um Aufklärung.

Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, nimmt im nichtöffentlichen Sitzungsteil Stellung zu den aufgeworfenen Fragen.

## **8 Mündliche Anfragen**

### **8.1 Mündliche Anfrage von SB Kirchmeyer betr. "Sanierung der Zentralbibliothek"**

SB Kirchmeyer fragt nach der Kostenberechnung zur Sanierung der Zentralbibliothek. Des Weiteren erfragt sie den Stand bezüglich der „Hochhausproblematik“.

Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, kündigt einen Termin im Januar an, an welchem die Kultur- bzw. Baupolitischen Sprecher über die geplante Vorlage informiert werden sollen. Die „Hochhausproblematik“ müsse, wie bereits dargestellt, durch eine vorzusehende Treppe gelöst werden.

gez. Dr. Martin Schoser  
(Ausschussvorsitzender)

gez. Simone Weber  
(Schriftführerin)